

Protokoll der Mitgliederversammlung (MVV) des Landesverbandes Freie Theaterschaffende Berlin e. V. am 27.05.2009

Tagungsort: Studio P, Prenzlauer Promenade 189, HH, 3.OG

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

1. Begrüßung der Mitglieder und Gäste und Vorstellung der Tagesordnung durch Eva Karen Tittmann.
2. Versammlungsleiterin, Eva Karen Tittmann, und
3. Protokollantin, Anne Passow, werden durch die Anwesenden bestätigt.
4. Als neuer Top aus dem Plenum wird eine Vorstellungsrunde in die Tagesordnung aufgenommen und durchgeführt.
5. Rechenschaftsbericht des Vorstands, vorgetragen von Eva Karen Tittmann:

Rechenschaftsbericht des Vorstands: Tätigkeiten seit November 2008

- Anschaffung eines PC, Laptops und Drucker für die Geschäftsstelle, dies wurde durch eine Zuwendung des Berliner Senats in Höhe von 2.786,05 € möglich.
- Vertretung des Laft Berlin beim Bundespräsidenten Horst Köhler, Empfang am 20. Januar 09 im Schloss Bellevue. Die Rede ist unter www.bundespraesident.de abrufbar.
- Neubesetzung der Geschäftsstelle durch Anne Passow im Februar 2009.
- Durchführung von 15 qualitativen Interviews im Zusammenhang der Studie über die soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Lage der Künstler.
- Vorbereitungen für das Symposium am 4.-6. Mai 2009 in der Akademie der Künste.
- Auswertung der Interviews und Daten für Berlin; die Ergebnisse dieser Vorauswertung sowie die Ergebnisse der quantitativen Fragebögen durch das Zentrum für Kulturforschung fließen in eine Veranstaltung von Laft Berlin und ZTB am 22. April 2009 ein.
- Vorstellung erster Ergebnisse am 22. April 2009 und Entwicklung erster Handlungsempfehlungen für die Politik.
- Moderation von Arbeitsgruppen zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen während des Symposiums, Vorträge von Peggy Mädler und Fanni Halmburger auf dem Symposium.
- Stellungnahme zur Lage der bezirklichen Spiel- und Probenorte:
 - Stellungnahme zum Fortbestand des Theaterhaus Mitte
 - Stellungnahme zur Bedrohung des Theater unterm Dach

(hier setzt eine spontane Diskussion zur Lage der Kultur in Pankow ein. Einige der anwesenden KünstlerInnen sind von der ausgesetzten Projektförderung in Pankow betroffen. Anne Passow übernimmt die Koordination der Vorschläge zu Protestaktionen.

Fanni Halmburger stellt an dieser Stelle die vom Laft Berlin geplante AG Spielstätten vor, zu der ein wesentlicher Impuls aus der Kulturverwaltung des Senats kam. Angesichts der zunehmenden Kürzungen muss eine Vernetzung stattfinden. Vom Laft Berlin wurde in diesem Zusammenhang Evaluation erwartet, die dieser aber nicht auf ehrenamtlicher Basis zu leisten bereit ist. Die Vernetzung und der Austausch der Spielstätten untereinander muss und wird in der nächsten Zeit jedoch durch eine Einladung von Spielstätten und Gruppen durch den LaftT Berlin zu einem Runden Tisch initiiert werden.)

Zurück zum Rechenschaftsbericht:

- Weiterhin gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem Tanzbüro, dem TanzRaumBerlin Netzwerk und dem ZTB, die auch weiter fortgeführt wird.
- Gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Kulturverwaltung des Senats: Jour Fix des Laft Berlin mit Frau Zieseke und Treffen der AG Haushalt mit Frau Zieseke.
- Ein Termin mit Frau Kisseler wird im Juni stattfinden, um den Laft vorzustellen und weiter daran zu arbeiten, vom Senat eine Finanzierung einer Geschäftsstelle zu erhalten, auch wenn die Aussichten darauf sehr gering sind.
- Das Internationale Theaterinstitut, der Fonds Darstellende Künste, der ja bereits nach Berlin gezogen ist, der Bund der Deutschen Amateurtheater und der Bundesverband Freier Theater wollen in Berlin ein Zentrum Darstellende Künste einrichten. Dies soll kein Produktionshaus werden, Gerüchte hierzu gab es, sondern Synergien in der Lobby-Arbeit ermöglichen. Dem Laft Berlin wurde angeboten, ebenfalls mit Unterstützung der anderen Einrichtungen dort einzuziehen, um besser miteinander arbeiten zu können.

6. Bericht über allgemeine Aktivitäten

7. Berichte aus den Arbeitsgruppen

- AG Spielstätten siehe oben (Rechenschaftsbericht)

- AG Arbeitsamt, vorgestellt durch Peggy Mädler:

Die AG Arbeitsamt setzt sich zusammen aus VertreterInnen des Laft Berlin, des Berufsverbands bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), des Zeitgenössischen Tanz Berlin e. V. (ZTB), des Kulturforums Nordost e. V., des Tanzbüros und spott e. V. Für die Zukunft konnte das Interesse des Landesmusikrats geweckt werden. Ein/e Vertreter/in aus der Literatur fehlt noch in der Runde.

Die Ziele der AG Arbeitsamt:

In den jeweiligen Jobcentern sollten Fachberater eingesetzt werden, die ein Wissen um freiberufliche und kurzfristig beschäftigte künstlerische Erwerbsformen haben und damit auch über die entsprechende Kompetenz verfügen, als Vermittler tatsächlich berufsfördernd zu wirken. Darüber hinaus bedarf es mehr gezielter Weiterbildungsangebote für den künstlerischen Bereich.

Außerdem sollte eine bereits erfolgte Berufsankennung – wie die Mitgliedschaft in der KSK oder in einem Berufsverband oder die Anmeldung beim Finanzamt als freiberuflicher Künstler uneingeschränkt durch die Jobcenter anerkannt werden.

Ein erklärtes Ziel der Förderung von Alg-II-Empfängern durch MAE-Maßnahmen ist die Verbesserung von Arbeitsmarktchancen der Teilnehmenden bzw. ihre Integration in das Erwerbsleben. Die bisherige Handhabung der MAE-Förderung in Form der Ein-Euro-Jobs zeigt in diesem Sinne aber kaum Effekte – laut dem Hartz IV Bericht des IAB ist der Qualifizierungsanteil in Ein-Euro-Jobs sehr gering, auch zeigen die Maßnahmen kaum Eingliederungserfolge. Darüber hinaus ergeben sich mit der Auswahl der Tätigkeiten für Ein-Euro-Jobs häufig Probleme: statt einen zusätzlichen Markt anzuregen und zu fördern, wird immer wieder auch reguläre Arbeit verdrängt oder bedroht.

In Bezug auf den spezifischen Künstlerarbeitsmarkt und freiberufliche Erwerbsformen lässt sich außerdem feststellen, dass das Förderinstrument nicht an den entscheidenden Punkten einer gezielten Berufsförderung ansetzt, denn diese müsste, um nachhaltig zu wirken, die KünstlerInnen in den Möglichkeiten öffentlicher Wahrnehmung unterstützen

und gerade Eigeninitiative, Vernetzung und Fähigkeiten dahingehend stärken, sich entsprechend präsentieren zu können.

Die AG Arbeitsamt schlägt deshalb ein spezifisches, neues Förderprogramm vor, bei dem sich Alg-II beziehende BerufskünstlerInnen mit eigenständig konzipierten Projekten künstlerischer Gestaltung oder künstlerischer Gemeinwesenarbeit selbständig auf eine Berufsförderung durch die Jobcenter bewerben können. Statt wie bisher auf Euro-Jobs verpflichtet zu werden, würden die KünstlerInnen eigenständig einen kommunalen oder gemeinnützigen institutionellen Partner benennen und akquirieren, der seine Bereitschaft zur Mitwirkung am vorgeschlagenen, künstlerischen Projekt erklärt. Die Bewerbungen sollten durch eine entsprechende Fachjury geprüft werden. Ein solches Programm würde gerade freiberufliche KünstlerInnen tatsächlich qualifiziert und professionell - ihrem beruflichen Profil entsprechend - fördern, denn diese werden durch das Bewerbungsverfahren dazu angeregt und darin unterstützt, sich Kompetenzen hinsichtlich der Selbstvermarktung anzueignen, sich gezielt Vernetzungen - auch über den Künstlerarbeitsmarkt hinaus - zu schaffen, und sich Marktsegmente zu eröffnen. Es empfiehlt sich, im Rahmen eines solchen besonderen Berufsförderungsprogramms, eine entsprechende Künstlerdatei einzurichten, die die Vernetzung zwischen den KünstlerInnen und gemeinnützigen Institutionen befördert.

Dr. Regg, Geschäftsführer der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, steht der Zusammenarbeit mit der AG Haushalt sehr aufgeschlossen gegenüber.

- Die AG Haushalt, vorgestellt durch Anne Passow:

Die Arbeitsgruppe Haushalt hat sich aus der AG Förderrichtlinien entwickelt, in der bereits der LAFT Berlin, ZTB und das TanzRaumBerlin Netzwerk zusammenarbeiteten. Diese AG hatte erreicht, dass Ende 2008 Teile ihrer Empfehlungen zur Verbesserung der Berliner Förderstruktur vom Senat bewilligt wurden. Das waren das Stipendium als Einstiegsförderung und die Wiederaufnahmeförderung. Darüber hinaus die Vorverlegung der Antragsfrist für Einzelprojektförderung vom 15. September eines Jahres auf den 30. Juni.

In der seit Januar 2009 aktiven AG wird eine deutliche Erhöhung des Berliner Etats für Einzelprojekt-, Basis- und Spielstättenförderung gefordert, um eine Honoraruntergrenze für die Theater- und Tanzschaffenden durchsetzen zu können. Dafür sind Grundlagenberechnungen gemacht worden:

Ausgehend vom sogenannten Warenkorb des Statistischen Bundesamts wurden existenzsichernde Lebenserhaltungskosten für Künstler errechnet. Diese betragen monatlich für KSK-Versicherte 1932,57 Euro vor der Steuer, für nicht KSK-Versicherte 2552,12 Euro vor der Steuer.

Stundenlohn bei einer 40h-Woche für KSK-Versicherte: 12,08 Euro

für nicht KSK-Versicherte: 15,95 Euro.

Bei einer 60h-Woche, die für viele wahrscheinlich realistischer ist, ergeben sich Stundenlöhne von 8,05 Euro für KSK-Versicherte und 10,63 Euro für Nicht-KSK-Versicherte. Diese Honoraruntergrenzen wurden in existierende Kosten- und Finanzpläne, die bisher unterhalb dieser Grenze kalkulierten, eingesetzt: jeweils in eine Kosten- und Finanzplanung aus der Einzelprojektförderung, der Basisförderung und der Spielstättenförderung. Aus der Differenz zu den ursprünglichen Kalkulationen wurde jeweils die prozentuale Erhöhung berechnet.

Anschließend wurden die Fördersummen aller für 2009 geförderten Projekte aus der Einzelprojekt-, Spielstätten- und Basisförderung mit den prozentualen Erhöhungen multipliziert und ein neuer Gesamtetat errechnet. Der bisherige Gesamt Förderetat betrug 4.319.000 Euro. Der von der AG Haushalt errechnete Gesamtetat, inklusive der Fördermittel von 50.000 Euro für die Einstiegsstipendien, beträgt nach der ersten Berechnung 10.341.839 Euro. Es ginge also um eine Aufstockung des Gesamtförderetats für Berlin um ca. 6 Millionen Euro. Dabei ist noch einmal zu betonen, dass sich dieser Richtwert nicht an Luxusvorstellungen orientiert, sondern auf einer Honoraruntergrenze basiert und zusätzlich nur von den bisher geförderten Projekten ausgeht.

Auf Grundlage dieses Zahlenmaterials wird die Forderung einer Etaterhöhung zunächst an die kulturpolitischen Sprecher der Parteien, an Herrn Schmitz und Frau Kisseler in Einzelgesprächen adressiert. Die Ergebnisse der im letzten Herbst durchgeführten Studie zur Lage der Theater- und Tanzschaffenden und Einschätzungen der Enquetekommission Kultur in Deutschland liefern die Fakten, um den Politikern die gegenwärtige prekäre Lage der freien Künstler darzulegen.

8. Kassenbericht, präsentiert von Eva Karen Tittmann:

Finanzbericht Haushaltsjahr 2008
Landesverband Freie Theaterschaffende Berlin e.V.

EÜR 2007

Einnahmen		11.114,86 €
Ausgaben		528,08 €
Rest Geldbestand zum 31.12.2007		10.586,78 €

Bankbestand 31.12.2007		10.347,60 €
Kasse 31.12.2007		239,18 €
Summe		10.586,78 €

Differenz		0,00 €
-----------	--	--------

Die Steuererklärung wurde beim Finanzamt für Körperschaften eingereicht. Die Steuerprüfung, die auch über die weitere Gemeinnützigkeit entscheidet, wird laut Finanzamt erst im Juni 2009 fertig gestellt.

EÜR 2008

Einnahmenübersicht 2008		
sonstiges		0,01 €
Mitgliedsbeiträge		780,00 €
Zuwendungen Senat / Büroausstattung		2.980,00 €
SUMME		3.760,01 €

Ausgabenübersicht 2008		
------------------------	--	--

Büromaterial		133,50 €
Büroausstattung über Zuwendung		2.786,05 €
Gebühren		63,30 €
Honorare über Zuwendung Studie		9.500,00 €
Internet		95,52 €
Kontokosten		166,78 €
Miete Büroräume		650,00 €
Mitgliedsbeitrag Buft		240,00 €
Mitgliedsbeiträge Mitglieder		2,66 €
MVV		42,45 €
Porto		32,50 €
Reisekosten		39,50 €
SUMME		13.752,26 €

Differenz		-9.992,25 €
-----------	--	-------------

Gegenüberstellung der Abschlüsse

Bankbestand zum 01.01.2008		10.347,60 €
Kassenbestand zum 01.01.2008		272,48 €
Einnahmen in 2008		3.760,01 €
		14.380,09 €
Ausgaben in 2008, Belege vorhanden		13.752,26 €
Geldbestände zum 31.12.2008		627,83 €
		14.380,09 €
DIFFERENZ		0,00 €

Geldbestände zum 02.01.09

Bankbestand -00		524,66 €
Bankbestand -01		30,20 €
KASSE		22,97 €
Bargeld z. Einzahlung im Januar F. Felger		50,00 €
		627,83 €

Kassenstand am 27.05.2009:	5,62 Euro
Konto 00 am 27.05.2009:	1.282,82 Euro
Konto 01 am 27.05.2009:	270,12 Euro
Gesamt:	1.558,56 Euro

Damit ist die Finanzlage ausgewogen, voraussichtlich können in 2009 alle noch anfallenden Kosten bezahlt werden, wenn auch weiterhin gespart werden muss.

Derzeit gibt es kaum Außenstände durch nicht bezahlte Mitgliedsbeiträge. Die Eröffnung eines Unterkontos -01 das ausschließlich für die Mitgliedsbeiträge ist, erleichtert die Buchhaltung und Kontrolle.

Eine Kassenprüfung durch einen unabhängigen Prüfer für die Jahre 2007 und 2008 wird anschließend noch erfolgen.

Gez. Eva-Karen Tittmann am 27.05.2009

Kassenwart

9. Abstimmung über die Aufnahme der neuen Mitglieder in den LaFT e.V.: Alle neuen Mitglieder wurden einstimmig aufgenommen.
10. Abstimmung über die Entlastung des amtierenden Vorstands: Einstimmig entlastet.
11. Bestimmung eines Wahlleiters: Peggy Mädler
12. Erstellung der Kandidatenliste: Eva Karen Tittmann
Stefanie Halmburger
Janina Benduski
Eva Hartmann
Max Schumacher
13. Neuwahl des Vorstands: MVV stimmt für geheime Wahl
Alle KandidatInnen werden in den Vorstand gewählt.
14. Diskussion:
In der Diskussion wird betont, dass es in der zukünftigen Arbeit des LaFT mehr um die Öffnung zur Basis hin gehen muss: die Präsenz des LaFT in der Szene muss größer werden, seine Attraktivität für Mitglieder, sein „Service“.
Wesentlich als Argumentationsgrundlage gegenüber der Politik und anderen Institutionen sind Statistiken, die über Zuschauerzahlen, Produktionen etc. informieren. Es muss mit der Aufstellung von Statistiken begonnen werden.
15. Schließung der Sitzung um 22.00 Uhr.